

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dennis Gladiator, André Trepoll,  
Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, David Erkalp, Stephan Gamm,  
Eckard Graage, Andreas Grutzeck, Sandro Kappe, Thilo Kleibauer,  
Ralf Niedmers, Silke Seif, Birgit Stöver und Prof. Dr. Götz Wiese (CDU)**

**Betr.: Schluss mit der inakzeptablen Toleranz gegenüber dem Islamischen Zentrum Hamburg: Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden aussetzen!**

„Die Freie und Hansestadt Hamburg und die islamischen Religionsgemeinschaften bekennen sich zu den gemeinsamen Wertegrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere zur Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Geltung der Grundrechte, der Völkerverständigung und der Toleranz gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen sowie der freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung des Gemeinwesens. Sie sind sich einig in der Ächtung von Gewalt und Diskriminierung auf Grund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glauben oder religiöser oder politischer Anschauungen und werden gemeinsam dagegen eintreten.“

Diese verheißungsvollen Worte stehen in Artikel 2 des Vertrags zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren aus dem Jahr 2012 (Drs. 20/5830). Mit diesem Vertrag regelt Hamburg seine Beziehung zu den muslimischen Glaubensgemeinschaften, etwa auf den Feldern des schulischen Religionsunterrichts, der universitären Ausbildung oder hinsichtlich der Unterstützung beim Erwerb von Sendezeiten bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Dass es sich bei den eingangs zitierten Worten für wesentliche Teile der Vertragspartner Hamburgs nur um ein Lippenbekenntnis handelt, ist schon länger offenkundig. Die systemischen und ideologischen Probleme rund um DITIB sind hinreichend bekannt; ebenso die Mitgliedschaft des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), das der erwiesene verlängerte Arm des Mullah-Regimes in Teheran ist, in der Schura. „Das IZH ist nach Auffassung des LfV nach wie vor als Bestrebung zu werten, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Dabei besteht das besondere Gewicht des IZH als verfassungsfeindliche Bestrebung darin, dass sie nicht offen erkennbar islamistisch auftritt, sondern sich vielmehr als interkulturelle und interreligiöse Begegnungsstätte inszeniert, um als Gesprächspartner in Politik, Kultur und Gesellschaft akzeptiert zu werden.“, teilte der Verfassungsschutz am 16. Juli 2021 auf seiner Homepage mit (<https://www.hamburg.de/verfassungsschutz/15259054/izh-aussenposten-des-teheraner-regimes/>).

Seit Jahren haben wir wiederholt darauf hingewiesen und ein entschiedenes Regierungshandeln verlangt (vergleiche etwa Drs. 22/7552, 22/7086, 22/4777, 22/3725, 22/316, 21/7595). Bedauerlicherweise wurden unsere Anträge stets mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN in der Bürgerschaft abgelehnt.

Vielmehr hat der Senat die Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen aufrechterhalten und eine weitgehend passive Haltung eingenommen. Statt auf die bedrohlichen Bestrebungen aus den Reihen der Vertragspartner und ihrer Mitglieder zu reagieren, wurde vonseiten des Senats bekundet, man wolle die Entwicklungen „aufmerksam verfolgen“ (Drs. 21/19624).

Auch wenn das IZH nun nicht mehr Mitglied des Vorstands der Schura ist, ändert dies an der Grundproblematik nichts. Denn die Schura, die das IZH in der Vergangenheit stets verteidigt und dabei gleichzeitig versucht hat, die demokratisch verfassten Sicherheitsbehörden zu delegitimieren, duldet das antisemitische und antidemokratische IZH weiter in ihren Reihen. Die Proteste gegen das iranische Regime, die durch den gewaltsamen Tod der 22-jährigen Mahsa Amini im Iran verstärkt wurden, sind in den vergangenen Wochen auch in Hamburg allgegenwärtig. Und hierbei stellt das IZH eine große Bedrohung für Iraner in Europa dar. Dies ist absolut inakzeptabel, was mittlerweile endlich auch von Teilen der SPD und GRÜNEN erkannt wird. So forderte kürzlich der SPD-Kreisverband Eimsbüttel, das IZH aus der Schura auszuschließen (<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Iranproteste-Kritik-am-Islamischen-Zentrum-in-Hamburg-waechst,iranprotest106.html>).

Zudem beteiligt sich das iranische Regime mit Waffenlieferungen am verbrecherischen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Durch iranische Drohnen sind bereits unzählige Ukrainerinnen und Ukrainer getötet worden. All das bestätigt und unterstreicht, was die CDU mit ihrer klaren Haltung zum IZH seit Jahren einfordert: Mit Extremisten ist kein Staatsvertrag zu machen.

Das Ergebnis der aktuell laufenden Evaluation des Staatsvertrags soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Das Ergebnis kann nur lauten: Solange das IZH ein Teil der Schura ist, muss der Staatsvertrag ausgesetzt werden.

#### **Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

##### **Der Senat wird ersucht,**

1. den Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden auszusetzen, solange das IZH ein Teil der Schura ist;
2. alle offiziellen Kontakte zum IZH sofort zu beenden;
3. durch die Behörde für Inneres und Sport, den Staatsschutz der Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz umfassende Lagebilder zu antisemitischen Bestrebungen im muslimischen Spektrum der Hamburger Gesellschaft zu erstellen;
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Staatsangehörigkeitsrecht ausdrücklich geregelt wird, dass die Einbürgerung von Personen ausgeschlossen ist, die öffentlich antisemitisch motivierte Handlungen vorgenommen haben;
5. der Bürgerschaft bis zum 31. Januar 2023 über den Sachstand zu berichten.